

# UNION KURIER

Mitgliederzeitung der CDU Erfurt

Ausgabe Nr. 22 • Q1 2022



## FRIEDRICH MERZ

Grußwort des Bundesvorsitzenden

S. 3

## SICHERHEIT

Aktuelle Herausforderungen

S. 10-11

## GEGEN DEN KRIEG

Kundgebungen für Frieden in Europa

S. 8-9





## Tragödie in Europa - Krieg in der Ukraine

Am 24.02.2022 um 05.30 Uhr behauptet Wladimir Putin in seiner Ansprache an das russische Volk, er müsse zur Verteidigung russischer Sicherheitsinteressen und zur Entnazifizierung der Ukraine eine militärische Spezialoperation in der Ukraine durchführen. Damit belügt er die Welt und auch sein eigenes Volk. Mit dem gleichen Strickmuster hatte damals Adolf Hitler die Welt belogen hatte, als er am 01.09.1939 behauptete, er müsse ab 05.45 Uhr in Polen zurückschießen. Damals waren es polnische Separatisten, die den deutschen Sender Gleiwitz überfallen haben sollen. Heute sollen es ukrainische Separatisten und Nazis sein, die an der russischen Bevölkerung einen Genozid begingen. Damals wie heute wird ein wehrloses Land mit unschuldigen Menschen Vätern, Müttern und Kindern überfallen. Es ist keine militärische Spezialoperation. Es ist ein völkerrechtswidriger Überfall und Krieg. Ein Krieg, der ohne Rücksicht auf das Leben von Männern, Frauen und Kindern geführt wird. Putin macht sich an den Menschen in der Ukraine schuldig.

Daran ändern auch Überlegungen einiger nichts, ob und inwieweit die Ukraine zusammen mit der westlichen Welt nach dem Zerfall des Sowjetreichs russische Interessen und Gefühlslagen immer klug und angemessen berücksichtigt haben. Auch mag es aus deren Sicht sein, dass die Ukrainer selbst die Interessen der Minderheit der russischen Bevölkerung nicht immer in angemessenem und klugem Umfang berücksichtigt haben. Der Wunsch von der EU und von dem Verteidigungsbündnis der NATO als Mitglied aufgenommen zu werden, mag eine politische Abwendung von Russland sein. Sie ist aber nicht ein Angriff auf Russland und auch keine Bedrohung Russlands. Es muss das autonome Recht eines jeden Volkes und einer Nation sein, unabhängig und selbstbestimmt zu entscheiden, mit wem man will und mit wem man nicht will.

Es gab noch nie und es gibt auch heute keine Rechtfertigung dafür, ganze Städte auszuradiieren und Menschenleben auszulöschen. Es ist der blanke Terror, den Putin feige aus der Luft mit seinen Raketen und wahllosen Bombardements in der Ukraine verbreitet. Er schreckt vor nichts, vor gar nichts zurück. Er droht selbstherrlich dem Land mit einem Atomkrieg, das ein Land der Ukraine militärisch helfen will. Er bestraft nach seinem willkürlichen Gusto diejenigen, die der Ukraine mit Sanktionen oder auch sonst helfen wollen. Er missachtet das Recht und verhöhnt die UNO und die Verurteilung des Internationalen Gerichtshofes. Kurz: Er macht alles das, was im zivilen Leben ein Schwerverbrecher macht. So wie ein Schwerverbrecher gehört endlich auch Putin für seine vielen Gräueltaten in der Vergangenheit und in der Gegenwart nach internationalem Recht und Gesetz zur Verantwortung gezogen. Ich habe gewaltige Achtung vor denen vielen Ukrainern, die mehr als tapfer ihre eigene Haut riskieren, um für ihr Land ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung kämpfen.

Gerade wir Deutschen sollten uns davor hüten, alle russischen Frauen und Männer pauschal mit verantwortlich zu machen. Nur wer sich frei informieren kann und nicht belogen wird, kann verantwortlich urteilen. Und nur wer keine Angst vor Verhaftung und Repression haben muss, kann sich offen äußern. Vergessen

wir nicht: Auch in Deutschland war das viele Jahre nicht möglich.

Was können wir tun? Was müssen wir tun? Bloße Solidaritätsbekundungen auf Straßen und Plätze oder in den Medien und politische Reden mit Standing Ovationen reichen nicht. In jedem Fall müssen wir konkret und sofort helfen, aber wie. Ich bin froh, dass breiter Konsens besteht, die in Not geratenen ukrainischen Menschen als Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren. Hier haben viele gerade auch in unserer Erfurter CDU nicht nur durch Geld, sondern durch eigene Hände Arbeit beispiel- und vorbildhaft Arbeit geleistet.

Die andere Frage ist aber, was soll Deutschland und Europa tun? Mehr oder weniger einig ist man sich, dass wir uns militärisch nicht engagieren. Einig sind wir auch, Putin wirtschaftlich zu sanktionieren und den Ukrainern Waffen zur ihrer Verteidigung zu liefern. Auch wenn die Wirtschaft diesmal durchaus bereit ist, auch zu ihren Lasten viele Sanktionen mitzutragen, beginnt der Streit, wie fast immer an dem Punkt, wie im Einzelnen und in welchem Umfang dies geschehen sollt. Letztlich geht es um die Frage, welchen Preis wir bereit sind zu zahlen. Hier haben wir in Deutschland wegen unserer enormen Abhängigkeit von den Gas- und Rohstofflieferungen ein ganz besonderes Problem und eine ganz besondere Verantwortung. Zum einen haben wir mit unseren Zahlungen für die Gaslieferungen Putin erst so stark gemacht haben, wie er heute ist. Zum anderen sind wir auch für uns selbst verantwortlich, dass wir Deutschland nicht mit einem Gaslieferungsstopp die Wirtschaft unseres Landes in ernste Gefahr bringen. Wir dürfen nicht nur die Wärmeversorgung vieler Menschen im nächsten Winter nicht aufs Spiel setzen. Wir dürfen auch nicht unseren Wohlstand durch den Verlust von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen und deren Familien gefährden.

Ich sage aber auch ganz ehrlich, mir ist nicht richtig wohl, wenn wir sagen: Wir greifen auf jeden Fall nicht mit militärischen Mitteln ein, wir trennen uns in jedem Fall nicht von den Gaslieferungen. Nicht dass Sie mich falsch verstehen. Auch ich weiß, wie gefährlich die Lage ist. Auch ich weiß, dass wir auf keinen Fall einen Atomschlag oder gar Weltkrieg riskieren dürfen. Ich weiß aber auch, dass wir auf Dauer nicht durchgehen lassen dürfen, dass ein Machthaber ein fremdes Land überfällt und die Lebensgrundlage der Menschen zerbombt und deren Leben selbst auslöscht. Solche Machthaber darf man nicht grenzenlos gewähren lassen. Ich möchte mir nicht vorstellen, was nach dem Überfall auf Polen geworden wäre, wenn England nicht den Polen und der Welt zur Seite gestanden hätte, weil Adolf Hitler mit dem Weltkrieg gedroht hatte. Ich bete zu Gott, dass das Leid der Menschen in der Ukraine schnellstens ein Ende findet und der Welt weitere Eskalationen erspart bleiben.



**Dr. Wolfgang Weisskopf**  
Kreisvorsitzender

# Grußwort

## des CDU-.Bundesvorsitzenden

### Liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen die CDU Deutschlands zu neuer Stärke führen. Das kann uns nur gemeinsam gelingen. Das kann uns nur gelingen, wenn wir programmatisch wieder einen klaren Kurs fahren. Das kann uns nur gelingen, wenn wir auch im Osten der Republik erfolgreich sind und das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.

Ob es uns gelingt, liegt allein an uns. Kein Wenn und Aber - nur ein Wie und ein Warum. Wie wir die Erneuerung der CDU angehen müssen, liegt auf der Hand: entschlossen und geschlossen. Klarer Kurs und starke Basis - das ist nicht irgendeine Floskel, sondern unsere Erfolgsformel. Und genauso wissen wir, warum wir uns erneuern müssen: Die Herausforderungen werden nicht kleiner, nirgendwo in Deutschland und auch nicht für Europa. Deshalb braucht es eine starke CDU - heute, morgen und übermorgen.

Es ist gut, wenn engagierte Christdemokratinnen und Christdemokraten in unserem Land Verantwortung übernehmen - ganz egal auf welcher Ebene, in welchem Rathaus, an welchem Ort. Auf genau diese Frauen und Männer kommt es jetzt mehr denn je an. Denn nach 16 Regierungsjahren ist die CDU Deutschlands jetzt in der Opposition. Bei meiner Wahl zum Parteivorsitzenden habe ich den Mitgliedern Führung versprochen. Ein klarer Kurs, davon bin ich zutiefst überzeugt, beginnt bei der programmatischen Erneuerung. Denn wir wollen und wir müssen als die politische Kraft der bürgerlichen Mitte unverkennbar und wieder erkennbar sein. Mehr als wir es zuletzt waren.

Ich will, dass wir uns darauf besinnen, was uns einzigartig macht. Das ist unser christdemokratisches Selbstverständnis. Es bedeutet, dass wir von unseren Grundsätzen, Werten und Inhalten überzeugt sind. Es bedeutet, dass wir Verantwortung übernehmen, weil wir wissen: Christdemokratische Politik macht einen Unterschied - immer und überall.

Wir sehen ganz aktuell, dass wir für unsere Werte einstehen müssen. Denn sie sind nicht selbstverständlich. Und sie sind Angriffen ausgesetzt. Ganz aktuell müssen wir einen Angriff auf Demokratie und Freiheit in Europa erleben, wie viele sich das nicht mehr vorstellen konnten. Der Krieg ist zurück in Europa. Kriegstreiber ist dabei Putin, der nicht nur Krieg gegen die Ukraine führt, sondern gegen die Demokratie und gegen unsere Freiheit.

Deshalb müssen wir zusammenstehen und das verteidigen, was unsere freiheitliche Ordnung so wertvoll macht. Wir setzen auf die Geschlossenheit und Entschlossenheit der freiheitlichen Staatengemeinschaft - im Interesse unserer Freiheit, im Interesse unserer Sicherheit, im Interesse unserer Werte.

Herzliche Grüße



Friedrich Merz MdB  
Vorsitzender der CDU Deutschlands





# BRIEF AUS BERLIN

## Antje Tillmann MdB

### Liebe Mitglieder der CDU Erfurt!

In den Morgenstunden des 24. Februar 2022 hat Präsident Putin einen umfassenden militärischen Angriff auf die Ukraine gestartet. Dieser Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Dabei handelt sich um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts.

Wir haben im Rahmen einer Sondersitzung des Bundestages einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN verabschiedet.

Darin bekräftigen wir, dass wir fest an der Seite der Ukraine stehen und begrüßen Sanktionen. Bereits seit 28. Februar sind Transaktionen mit der russischen Zentralbank verboten und alle Vermögenswerte der Notenbank in der EU eingefroren. Seit 02. März sind bestimmte russische Banken vom SWIFT-System ausgeschlossen.

Außerdem werden Waffen von der Bundesrepublik an die Ukraine geliefert. Ich war bei diesem Thema lange skeptisch. Aufgrund des überwältigenden Willens der Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, ihr Land zu verteidigen, ist es aber richtig, die Ukraine im Rahmen ihres Selbstverteidigungsrechts zu unterstützen.

Zusätzlich fordern wir mit unserem Antrag die Bundesregierung u.a. dazu auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln für eine sofortige Waffenruhe und den Abzug der russischen Truppen einzusetzen.

Außerdem werden die Aufnahme Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland ermöglicht und unsere europäischen Nachbarn bei der Aufnahme von Flüchtenden unterstützt.

\*\*\*\*\*

### Debatte über Sterbehilfe

Das Bundesverfassungsgericht hat 2020 das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärt.

Aktuell erarbeiten wir deshalb einen Gesetzentwurf, der vorsieht, dass die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung unter Strafe gestellt wird. Ausnahmen davon sollen nach einer zweimaligen Untersuchung durch einen Facharzt und einer zusätzlichen Beratung möglich sein. Ohne Ausnahme verboten ist die Sterbehilfe bei Personen unter 18 Jahren. Damit die Hilfe zur Selbsttötung in der Öffentlichkeit nicht als normale Dienstleistung angesehen wird, wird ein Verbot der Werbung für die Hilfe zur Selbsttötung eingeführt.

Eine Verpflichtung zur Sterbehilfe für Einrichtungen oder für Ärzte ist ausgeschlossen und darf auch in den Hausordnungen bzw. Arbeitsverträgen bspw. bei konfessionell gebundenen Krankenhäusern ausgeschlossen werden.



Herzliche Grüße,  
Ihre/Eure

Antje Tillmann MdB

**Kontakt:**

Bürgerbüro Antje Tillmann  
Brühler Straße 4  
99084 Erfurt

Tel. 0361/6447857

Mail: [antje.tillmann@bundestag.de](mailto:antje.tillmann@bundestag.de)  
[www.antje-tillmann.de](http://www.antje-tillmann.de)

# NEUES AUS EUROPA

## Marion Walsmann MdEP

### Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Erfurt,

das Jahr 2022 begann für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Unternehmen mit einer sehr positiven Nachricht: Im Januar sind neue EU-Vorschriften in Kraft getreten, die es ihnen erleichtern, digitale Inhalte und Dienstleistungen sowie „intelligente“ Waren EU-weit zu kaufen und zu verkaufen. Bei Problemen oder Mängeln gelten nun die gleichen Rechte wie bei anderen Waren. Wenn beispielsweise heruntergeladene Musik, Software oder digitale Dienstleistungen mangelhaft sind, haben Verbraucher jetzt einen Rechtsanspruch auf eine Lösung des Problems.

Die neuen Vorschriften sind aber erst der Auftakt zu einer ganzen Reihe weiterer Gesetze, die den Handel in der EU an das digitale Zeitalter anpassen sollen. So haben wir jetzt strengere Regeln für Online-Plattformen auf den Weg gebracht, die Amazon, Facebook, Google & Co ihre Grenzen aufzeigen sollen. Damit wollen wir den „Wilden Westen“ im Digitalbereich, wo die großen Tech-Giganten ihre eigenen Regeln schaffen, beenden. Ein wichtiger Aspekt bei der anstehenden EU-Verordnung ist für mich, dass Online-Marktplätze künftig mehr tun müssen, um die Kunden vor unsicheren Produkten zu schützen.

Ganz besonderes Augenmerk lege ich dabei auf die Sicherheit von Kinderspielzeug. Die vorhandene eigene Richtlinie wird endlich überarbeitet. Ich habe die Forderungen des EU-Parlaments dazu federführend für meine Fraktion verhandelt. Hintergrund sind erschreckende Zahlen: Im Jahr 2020 handelte es sich bei 27 Prozent der Produkte, die von der EU als gefährlich eingestuft und aus dem Verkehr gezogen wurden, um Spielzeug. Viele dieser Spielsachen enthalten giftige Chemikalien oder können Krebserkrankungen verursachen.

Apropos Krebs: Der europäische Plan zur Bekämpfung dieser furchtbaren Krankheit nimmt langsam Fahrt auf. Der Sonderausschuss, den das Europaparlament auf Initiative meiner Fraktion eingerichtet hat, hat konkrete Legislativvorschläge erarbeitet, die die EU-Kommission nun in einen Gesetzentwurf gießen muss. Der Startschuss für ein EU-Netz onkologischer Spitzenzentren ist bereits gefallen. Auch in Thüringen haben wir mit dem Universitätsklinikum Jena eine innovative und leistungsstarke Einrichtung, die sich seit vielen Jahren mit Forschung und Behandlung von Krebs beschäftigt. Darauf müssen wir aufbauen!

Bild: Laurence Chaperon



Herzliche Grüße,  
Ihre/Eure

Marion Walsmann MdEP

#### Kontakt:

Europabüro Thüringen  
Marion Walsmann MdEP  
Bahnhofstraße 8, 99084 Erfurt

Tel.: 0361/6663411  
Mail: [info@walsmann.de](mailto:info@walsmann.de)  
[www.marion-walsmann.de](http://www.marion-walsmann.de)



Bild: Daniel Beck

### CDU lehnt Haushalt ab !

In der vergangenen Stadtratssitzung war es so weit: Der Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 wurde abschließend debattiert und beschlossen. Die CDU-Fraktion hat von Anfang an klar gemacht, dass eine Zustimmung nur in Frage kommt, wenn langfristige Investitionen angegangen werden und abgegebene Versprechen zur Schulsanierung oder zur Eishalle eingehalten werden.

Fraktionsvorsitzender Michael Hose machte in seiner Haushaltsrede vor dem Stadtrat deutlich: „Dieser Haushalt ist nicht die finanzpolitische Kehrtwende, die wir immer gefordert haben. Die Ausgangslage ist jedoch besser als in den vergangenen Jahren: Die von der CDU-Landtagsfraktion ausgehandelten zusätzlichen 10,6 Millionen Euro für Erfurt bieten die Chance, nachhaltige Projekte zukunftssicher zu gestalten. In unseren Anträgen haben wir dazu gute Vorschläge gemacht. Wir werden sehen, wie der Stadtrat sich dazu heute positioniert.“

Nachdem die Vorschläge der CDU-Fraktion klar kommuniziert wurden, formierte sich ein neues Linksbündnis, um auch in diesem Haushalt Konsum und kleinteilige Klientelprojekte in den Vordergrund zu stellen. Auch wenn sich beim Thema Eishalle „alle einig“ seien, dass eine Sanierung unabdingbar ist, beließ es das Linksbündnis bei einem Lippenbekenntnis. Eine konkrete finanzielle Untersetzung gab es nur in den Anträgen der CDU-Fraktion.

„Wir wollen mit den zusätzlichen 10,6 Millionen Euro vom Land die Zukunft Erfurts nachhaltig gestalten. Sie wollen rot-rot-grünes Wunsch-Dir-Was statt solider Finanzen. Das haben wir stets abgelehnt und tun dies auch heute“, stellte Fraktionsvorsitzender Michael Hose zum Abschluss seiner Rede klar.

In der nachfolgenden Abstimmung lehnte die linke Stadtratsmehrheit die CDU-Anträge ab und änderte den Haushalt mit ihren eigenen Vorschlägen zu einem weiteren Wohlfühlhaushalt.

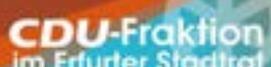
Die CDU-Fraktion hat den Haushalt 2022/2023 daraufhin abgelehnt.

### Die Vorschläge der CDU-Fraktion im Einzelnen:

- Mehr Geld für die Ortsteile.
- Eigenmittel für die Sanierung der kleinen Eishalle.
- Mehr Geld für die Instandsetzung von Schulen und Kindergärten.
- Umsetzung prioritärer Maßnahmen des Hochwasserschutzes.
- Gutachten für mögliche Videoüberwachung am Anger.
- Mehr Geld für die Instandsetzung von Straßen und Gehwegen.
- Weniger Kreditaufnahmen.

Regelmäßige Informationen zur Arbeit der CDU-Fraktion erhalten Sie über unseren Newsletter unter:  
[www.cdu-fraktion-erfurt.com/newsletter](http://www.cdu-fraktion-erfurt.com/newsletter)

Haben Sie Fragen oder Hinweise?  
0361 / 655 2010  
[cdu-fraktion@erfurt.de](mailto:cdu-fraktion@erfurt.de)  
Fischmarkt 1, Erfurt





# WEITER VERNETZT BLEIBEN

Die studentische Stimme in der Union



Das Wintersemester wurde mit dem Ende des letzten Kalenderjahres wieder nahezu komplett ins Digitale verlegt und nur vereinzelt wieder zurück in die Präsenzlehre. Das war aufgrund der pandemischen Gesamtsituation meist auch gar nicht anders möglich.

Leider war uns auch nicht möglich größere Veranstaltungen durchzuführen, da wir diese gern in Präsenz abgehalten hätten. Dennoch haben wir uns einige Male digital getroffen, um uns auszutauschen, aber auch um zum Beispiel das eine oder andere Quiz zu bestreiten.

Am 26. Januar waren wir in Buchenwald, um die Gedenkstätte im Rahmen einer Veranstaltung vom RCDS Jena und der JU Jena zu besuchen.

Danach rückte die Prüfungszeit näher und damit auch das Semesterende. Wir freuen uns auf ein Sommersemester in Präsenz mit vielen guten Veranstaltungen. Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Euer **Herbert Schneider**  
Gruppenvorsitzender des RCDS Erfurt

# Gemeinsam

## für den Frieden in Europa

Kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine hat die CDU Erfurt die Initiative ergriffen und eine Kundgebung auf dem Fischmarkt abgehalten. An dieser Stelle gilt noch mal besonderer Dank unserem Ortsverbandsvorsitzenden „Am Steiger“, Jörg Kallenbach, der sich federführend einbrachte. Mit zahlreichen Mitgliedern haben wir deutlich gemacht, dass die CDU Erfurt gegen Krieg und für Humanität steht.



Kurz darauf, am 5. März, kamen tausende Menschen auf dem Domplatz zusammen, um ein unübersehbares Zeichen gegen Putins Angriffskrieg und für den Frieden in Europa zu setzen. Aufgerufen hatten über 70 Akteure: Parteien, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie viele mehr.

Neben dem Kreisvorsitzenden Dr. Wolfgang Weisskopf haben auch Marion Walsmann MdEP und Stadtrat Juri Goldstein das Wort ergriffen und den Krieg scharf verurteilt. Gleichzeitig haben alle Redner die große Spenden- und Hilfsbereitschaft in Erfurt, Thüringen und Deutschland gelobt und dazu aufgerufen, diese beizubehalten.



Die CDU brachte sich federführend in die Organisation der Großkundgebung ein. Neben Fraktionsvorsitzenden Michael Hose, der die Versammlung leitete, berichtete Marion Walsmann MdEP von den Unterstützungsmaßnahmen, welche blitzschnell vom EU-Parlament beschlossen wurden.

CDU-Stadtrat Juri Goldstein rief in einer emotionalen Rede zur Unterstützung der Ukraine auf und bedankte sich für die seit Beginn des Krieges sehr große Hilfsbereitschaft der Erfurterinnen und Erfurter.

In der Resolution zur Kundgebung hieß es:

„Wir zeigen die große Verbundenheit mit der Ukraine und setzen ein unübersehbares Zeichen für Frieden in Europa. Wir bestärken jede Erfurterin und jeden Erfurter in ihrer großen Hilfsbereitschaft für alle Menschen in und aus der Ukraine, egal welchen Pass sie haben. Zudem stellen wir klar, dass russischstämmige Menschen nicht in Generalverantwortung für Putins Aggression zu nehmen sind. Nicht in Erfurt, und auch nicht anderswo. Auch stehen wir an der Seite derjenigen Russinnen und Russen, die sich unter persönlichem Risiko in ihrem Land für Demokratie und Frieden einsetzen und sich gegen ihren Präsidenten stellen. Wir fühlen uns mit den Menschen in der Ukraine verbunden und rufen alle Erfurterinnen und Erfurter, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Nationalität, zur Hilfe auf.“

Der Appell wird durch jede Straße und durch jede Gasse Erfurts hallen: Erfurt hilft. Erfurt steht zusammen gegen Krieg. Erfurt steht an der Seite der Ukraine.“



# Das Thema

## Sicherheit in Zeiten von Flüchtlingswelle, Corona-Pandemie und Klima-Katastrophe

Auf Initiative des Vorsitzenden des CDU Ortsverbandes Am Steiger Jörg Kallenbach fand konnte der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz Stephan J. Kramer am 12.01.2022 für ein digitales Gespräch über die aktuellen Herausforderungen der Sicherheitspolitik gewonnen werden.

In Deutschland existiert seit dem Zweiten Weltkrieg das sogenannte Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Ausgehend von den zunehmenden Anti-Corona-Demonstrationen stellte Stephan Kramer zu Beginn die unterschiedlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden bzw. der Polizei vor. Sehr schnell war damit der Brückenschlag zur Thematik von Desinformationskampagnen und Verschwörungstheorien im Internet hergestellt. Er erläuterte, dass Falsch- bzw. Desinformationskampagnen häufig politisch motiviert sind und zunehmend von rechts-, linksextremen Organisationen und radikalen Islamisten eingesetzt werden, um gesellschaftliche Diskussionen oder demokratische Prozesse zu unterminieren. Derzeit erleben die Sicherheitsbehörden in Deutschland eine zunehmende Radikalisierung und Gewaltenthemmung in der sogenannten Querdenker-Szene. Vertreter des rechten Spektrums versuchten mit Emotionen auf Stimmenfang zu gehen und die Gesellschaft zu polarisieren, warnte Stephan Kramer. Die steigende Aggressivität sei auch im Alltag spürbar. Die Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel sinkt auch in der bürgerlichen Gesellschaft immer weiter. Das Thema sei dabei im Grunde völlig egal. Hätte es keine Corona-Pandemie gegeben, wäre vermutlich die Klimakrise der Auslöser gewesen. Doch eine Generalisierung sei keinesfalls zulässig. Nicht alle Impfgegner und Querdenker dürften in eine extremistische Ecke gestellt werden. Allerdings müssten sie sich immer deutlicher fragen lassen, ob sie da eigentlich noch mitmachen wollen oder ob sie ihr Ansinnen durch Gruppierungen wie Reichsbürger, Verschwörungsfantasten und Rechtsextreme vertreten sähen.





Sehr anschaulich schilderte Herr Kramer, wie leicht sich Verschwörungstheorien über das Internet verbreiten lassen. Foren und soziale Netzwerke bieten Anhängern von Verschwörungstheorien leicht die Möglichkeit, sich zu vernetzen und gemeinsam Verschwörungstheorien zu entwickeln. Wie die in den sozialen Medien verwendeten Algorithmen es ermöglichen, dass sich Kakteen-sammler aus der ganzen Welt zusammenfinden, genauso ist es möglich, dass anhand von vorhandenen Posts und Bildern entsprechende Kontakte bzw. (Falsch-) Inhalte vergleichbaren Niveaus vorgeschlagen werden. Eine Erklärung für die so schnelle und weitflächige Verbreitung ist dabei, dass Falschinformationen neuer und unbekannter erscheinen und Neuigkeiten häufiger geteilt werden. Im eigenen sozialen (Online-)Umfeld sind neue Informationen wertvoller, weil sie den Teilenden den Status verleihen, mehr zu wissen als andere und vielleicht sogar ein „Insider“ zu sein. Erleichtert wird die Verbreitung von Falschinformationen dadurch, dass jeder sich einen Account, ggf. mit einem pseudowissenschaftlichen Namen oder falscher Identität erstellen kann.



Sogenannte „Fake“-Accounts spielen auch eine wesentliche Rolle bei den zunehmenden Hasskommentaren und der Hetze im Internet, die sich auch gegen Politiker richtet. Beleidigungen, üble Nachrede, Verleumdungen bis hin zu persönlichen Bedrohungen lassen sich leicht über Facebook oder Twitter teilen. Aber leider sind sie trotz des in 2021 in Kraft getretenen Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität weiterhin nur sehr schwer verfolgbar. Über 90% der Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker sollen dies schon erlebt haben. Einige der Teilnehmer mussten dies anhand eigener Erfahrungen bestätigen und schilderten anschaulich ihre persönliche Betroffenheit.

In der anschließenden intensiven Diskussion ging es u.a. auch um die weiteren Arbeitsschwerpunkte des Thüringer Verfassungsschutzes, wie der Beobachtung der Organisierten Kriminalität, um möglichst frühzeitig konkrete Anhaltspunkte für kriminelle Strukturen und Straftaten zu sammeln sowie um den Schutz Kritischer Infrastrukturen. Nach fast drei Stunden beendete der Kreisvorsitzende Dr. Weißkopf die Veranstaltung und dankte im Namen aller Teilnehmer Herrn Kramer für den sehr informativen Abend und seine Ausdauer in der intensiven Diskussion.



## IMPRESSUM

**V.i.S.d.P.**  
Dr. Wolfgang Weiskopf

**Herausgeber**  
CDU Kreisverband Erfurt  
Wenigemarkt 17  
99084 Erfurt

**Telefon**  
0361 644 2644

**Internet**  
[www.cdu-erfurt.de](http://www.cdu-erfurt.de)

**E-Mail**  
[kurier@cdu-erfurt.de](mailto:kurier@cdu-erfurt.de)

**Bilder**  
Soweit nicht anders angegeben:  
Daniel Beck, Pixabay

**Auflage**  
500 Stück

**Redaktion**  
Aaron Mayr, Prof. Dr. Regina Polster,  
Daniel Beck

**Design, Layout & Satz**  
Daniel Beck